

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 18. Jahrgang, Nr. 10, 17. Mai 2001

Einblicke

Schalom Israel

Von Ralf Bachmann

Schalom! grüßt man in Israel, „Frieden für unser Land“. Am 3. Iyar des jüdischen Kalenders war Israels Unabhängigkeitstag. Auch jüdische Vereinigungen in Deutschland luden zu Veranstaltungen ein. Man erinnerte an den 14. Mai 1948, als David Ben-Gurion den Staat proklamierte, und daran, dass tags darauf Truppen aller arabischen Länder einmarschierten. So alt wie Israel sind Krieg und Friedens Traum.

Ein Besucher aus Haifa meldete sich zu Wort. Seine Eltern waren aus dem Vogtland nach Palästina geflohen, um den damals 16-Jährigen in Frieden aufwachsen zu lassen. 50 Jahre war er seitdem Soldat oder Reservist. Als Sohn Uri zur Welt kam, dachte er, der werde keine Waffe mehr in die Hand nehmen müssen. Nun hat Uri zwei Söhne, die in Jerusalem Militärdienst leisten. Sein Volk sehne sich nach nichts so wie nach Schalom, versicherte der Gast.

Ihn kränke mancher Bericht in deutschen Zeitungen, sagte ein Anderer. Nichts gegen Medienkritik an Unrecht. Pressefreiheit schmerze, heile aber auch. Doch das Bild der schießwütigen Israelis, die es auf arabische Kinder abgesehen haben, sei ein Zerrbild, verdrehe die Realität, verdecke die Ursachen. So werde Neonazis erleichtert, Antisemitismus zu schüren. Wo aber finde man die Forderungen der Führer von Hisbollah und Hamas, Israel zu vernichten und ganz Palästina wieder arabisch zu machen?

Auch andere Fakten stimmten nachdenklich, weil man sie viel seltener als Kriegsberichte liest. Israel ist kein Orangen anbauendes Entwicklungsland mehr. Zwei Drittel des Exports sind Hightech-Produkte. Israel hat, gemessen an der Bevölkerungszahl, die meisten Promovierten und gehört zu den fünf führenden Wissenschaftsnationen. Sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts verwendet es für Bildung und Forschung - mehr als jedes andere Land (Deutschland eingeschlossen). In der Wissenschaft, nicht in militärischer Stärke sieht Israel seine Zukunft. Darum braucht es Frieden - Schalom Israel!

Grenzziehungen

Oberste Gerichte bewerten die Versammlungs- und Meinungsfreiheit für Neonazis unterschiedlich.

Seite 2 ■

Der rechte Draht

Rheinische Rechtsextremisten präsentieren sich auf ihrer Website ganz modern und setzen auf den Fun-Faktor.

Seite 3 ■

„Augen zu und durch“

Die Republikaner befinden sich im Sinkflug. Frühere Weggefährten wenden sich von Parteichef Rolf Schlierer ab.

Seite 4 ■

Briefe von der DVU

Vor der Bürgerschaftswahl in Hamburg will die Frey-Partei wieder gezielt Propagandamaterial an die Haushalte verschicken.

Seite 7 ■

Spätes Erwachen

Prozesse wegen NS-Verbrechen stehen heute im Rampenlicht der Öffentlichkeit - im Gegensatz zu früheren Jahren.

Seite 8 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöffler
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund

„Arbeit macht frei“

Oberste Gerichte sind sich uneinig, ob Neonazis ihr braunes Gedankengut auf der Straße verbreiten dürfen.

Diesmal ging Friedhelm Busse zu weit. In den letzten Jahren hatte der Ex-Vorsitzende der FAP darauf geachtet, die Grenzen zur Strafbarkeit so gerade eben nicht zu überschreiten. Beim Aufmarsch der NPD am 1. Mai in Essen sprach der 72-Jährige aber braunen Klartext. Über ein „judenfreies“ Deutschland schwadronierte er - und darüber, dass ein solches „judenfreies“ Deutschland kein Auschwitz bräuchte. Als er auch noch über jene herzog, die er für „Untermenschen“ hält, nahm ihn die Polizei wegen des Verdachts der Volksverhetzung vorläufig fest.

Der mehrfach vorbestrafte Busse kennt das. Das NIT Hamburg derweil empörte sich über das Verhalten der Polizei. Auf noch mehr Zorn stieß bei NIT und NPD eine Entscheidung des nordrhein-westfälischen Oberverwaltungsgerichts. Das OVG in Münster hatte den Essener Aufmarsch verboten, das Bundesverfassungsgericht dieses Verbot wieder aufgehoben. Vorsätzliche Rechtsbeugung wirft die NPD nun dem Münsteraner Gericht und namentlich seinem Präsidenten Michael Bertrams vor.

Die Entscheidungen der Gerichte spiegeln deutliche Auffassungsunterschiede über die Grenzen des Demonstrationsrechts wider, die dazu führten, dass in Nordrhein-Westfalen in den letzten Monaten Verbote vom OVG bestätigt, vom Verfassungsgericht aber immer wieder aufgehoben wurden. Dazu zählten Neonazi-Aufmärsche in Lüdenscheid am 26. Januar, Herzogenrath am 24. März, Ennepetal am 14. April und Hagen am 16. April.

„Eine Versammlung kann nicht schon deshalb, weil politisch missliebige Meinungen geäußert werden, wegen Verstoßes gegen die öffentliche Ordnung verboten werden“, ließ das Verfassungsgericht verlauten, als es im April in einem Eilverfahren das Verbot eines von Christian Worch in Hagen angemeldeten „Nationalen Ostermarschs“ aufhob. Strafrechtlich nicht relevante Äußerungen seien durch das Grundrecht der Meinungsfreiheit geschützt. Folglich finden nach Karlsruher Lesart auch Auftritte neonazistischer Gruppen unter dem Schutz des

Grundgesetzes statt, soweit sie nicht die Schwelle der Strafbarkeit überschreiten. Die Bürger seien „rechtlich nicht gehalten, die Wertsetzungen der Verfassung persönlich zu teilen“. Sie seien „daher auch frei, grundlegende Wertungen der Verfassung in Frage zu stellen, solange sie dadurch Rechtsgüter anderer nicht gefährden“, hatte das Verfassungsgericht im März festgehalten, als es über Herzogenrath entschied.

Das OVG sieht das anders: Versammlungen, die durch ein Bekenntnis zum Nationalsozialismus geprägt seien, könnten wegen eines Verstoßes gegen die öffentliche Ordnung verboten werden, hielten die Richter in ihrer Entscheidung im Fall Essen fest. Und: „Vor dem Hintergrund der jüngeren Geschichte werden durch das öffentliche Auftreten von neonazistischen Gruppierungen und das Verbreiten entsprechenden Gedankenguts grundlegende soziale und ethische Anschauungen einer Vielzahl von Menschen - zumal der in Deutschland lebenden ausländischen und jüdischen Mitbürger - in erheblicher Weise verletzt.“ Bei dem Gedankengut von Neonazis, bei Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit gehe es auch nicht lediglich um „politisch missliebige Meinungen“, sondern um „Anschauungen, denen das Grundgesetz selbst eine klare Absage erteilt hat“, meinen die Münsteraner Richter. Die Versammlungs- und Meinungsfreiheit sei kein Freibrief für Neonazis, erklärte OVG-Präsident Bertrams unlängst. Ziel der Mütter und Väter des Grundgesetzes sei die radikale Abkehr von der NS-Diktatur und ihrem Gedankengut gewesen. Bertrams warnte, der demokratische Rechtsstaat laufe Gefahr, „sich gegenüber denen als wehrlos zu erweisen, die diesem Rechtsstaat und seinen Werten den Kampf angesagt“ hätten. Die Freiheit der Andersdenkenden finde dort ihre Grenze, wo 50 Jahre nach dem Holocaust versucht werde, das barbarische Gedankengut des Dritten Reiches wiederzubeleben.

Neo- und Altnazis wie Friedhelm Busse hätten, ginge es nach dem OVG, folglich nicht die Möglichkeit, ihr braunes Gedankengut auf den Straßen zu verbreiten, auch wenn sie sich geschickter anstellen würden, als dies Busse am 1. Mai tat. Wie man das macht, hatte der Ex-FAP-Vorsitzende bei den Neonazidemos zuvor gezeigt. In Hagen beispielsweise träumte er öffentlich von den Zeiten, als man auf der Straße noch den Hitler-Gruß zeigte. In Aussicht stellte er die Bildung von Arbeitslagern, über deren Eingang in schmiedeeisernen Lettern der Schriftzug stehe: „Arbeit macht frei“. *Tomas Sager*

Aktivitäten

Rechter Draht

Auf der Website „Düsseldraht“ proben rheinische Rechtsextremisten den Anschluss an die Fun-Generation.

Auf den ersten Blick glaubt der Websurfer auf einer seriösen Informationsseite über Düsseldorf gelandet zu sein. Die Homepage begrüßt in modernem Design: Neben Skyline-Fotos der Landeshauptstadt prangt das schräg gesetzte Logo „Düsseldraht“ und der kleinere Schriftzug „Ein Stück Freiheit in Düsseldorf“. In der Rubrik „Wer wir sind“ werden die Betreiber kaum deutlicher: „eine unabhängige lokalpatriotische Stimme für Düsseldorfer Bürger“. „Konservativ aber nicht verstaubt“ seien die Macher der Seite, „freiheitlich aber nicht verantwortungslos“, „deutschfreundlich aber nicht ausländergefeindlich“. Erst die Aufkleber, die beim „Düsseldraht“ zu haben sind, verraten etwas mehr: „Deutschland muss in Düsseldorf wieder erkennbar sein!“, „Kein Asyl dem Drogendeal!“, „Für Haider!!! Gegen linke Hysterie!“

Wer dem Link zur Homepage des Website-Machers folgt, erreicht die „provokative Internetpräsenz“ von Jan Zobel. Mit 25 Jahren hat der frühere Hamburger eine erfüllte Polit- und Geschäftskarriere hinter sich: als Bundessprecher der Jungen Nationaldemokraten (JN), Macher der JN-Zeitschrift „Einheit und Kampf“ und Chefredakteur des Skin-Magazins „RockNORD“. Im vergangenen Jahr hat er Torsten Lemmer als Geschäftsführer der Creative Zeiten Verlag und Vertrieb GmbH in Langenfeld abgelöst, die „RockNORD“ herausgibt und rechte Skins mit Produkten aller Art versorgt. Lemmer, Gründer und langjähriger Kopf des Unternehmens, hält aber noch Geschäftsanteile. „Düsseldraht“ nannte sich bereits die Monatszeitschrift einer „Freien Wählergemeinschaft“ in der Landeshauptstadt, die sich als Abspaltung der REP-Fraktion im Rat gegründet hatte und deren Geschäftsführer Lemmer Anfang der 90er Jahre war.

Ebenso wie Zobels Homepage ist die von Lemmer mit dem „Düsseldraht“ verlinkt. Beide sind launige Publicity-Seiten der Rechtsextremisten: Zobel wirbt mit dem Slogan „Provokation, Polemik und Politik“, Lemmer präsentiert sich als „Düsseldorfer Stadtrebell - umstritten, aber erfolgreich“. Er spielt darauf an, dass ihm die Verquickung politi-

scher und kommerzieller Interessen selbst in der rechten Szene ein schlechtes Image beschert hat. Ein Laufband auf der Zobel-Homepage preist das neueste Event an, an dem er neben Torsten Lemmer beteiligt ist: die Hamlet-Inszenierung von Christof Schlingensiefel am Schauspielhaus Zürich. Darin sollen sieben angeblich „ausstiegswillige deutsche Neonazis“ als Statisten auftreten, unter ihnen auch Jürgen Drenhaus aus Moers, Sänger der Skinband „Body Checks“ und zeitweise Redakteur von „RockNORD“. Näheres über das Happening teilt die Schlingensiefel-Website „naziline.com“ mit, die in originalgetreuer Neonazi-Manier über einen Provider in den USA eingespeist wird. „Die Großen und nicht die Kleinen“ der rechtsextremen Szene habe er für seine Inszenierung gewinnen können, lässt Schlingensiefel die Presse wissen.

Auch der „Düsseldraht“ setzt auf den Fun-Faktor: Als „Düsseldraht Records“ bot die Seite zeitweise eine CD an, auf der sich Torsten Lemmer als Zlatko von rechts geriert. Sein Song „Erwin - du und ich für immer“ soll eine Hommage an Oberbürgermeister Joachim Erwin sein, der dem 31-Jährigen Hausverbot für das Rathaus erteilt hatte. Als MP3-Datei ist der Titel nach wie vor abrufbar. Zu haben ist auf der Homepage auch eine Postkarte mit der Aufschrift „Extremisten-Notruf“, der als „Initiative in der Landeshauptstadt Düsseldorf“ bezeichnet wird. Die Karte fordert Bürger auf, Hinweise auf aktive Rechtsextremisten bei einer Hotline anzugeben. Als Kontaktadresse wird der „Düsseldraht“, somit Jan Zobel, genannt. Der Verfassungsschutz von Nordrhein-Westfalen vermutet, dass Informationen über die Anrufer in rechtsextreme Kreise gelangen könnten. Zum „Düsseldraht“ führt auch die Adresse der Schülerzeitung „REFLEX“, die ihrerseits für einen „Jugendoppositionsstammtisch“ wirbt, hinter dem das Duo Zobel/Lemmer vermutlich ebenso steht.

Als Provider des „Düsseldraht“ wie auch der Homepage von Torsten Lemmer tritt die Firma Netzpunkt Internet Service in Hamburg auf. Inhaber ist der Neonazi Jens Siefert, der früher in der FAP, dann bei den JN und in freien Kameradschaften aktiv war. Seit Jahren betreut Siefert rechte Homepages wie die Seiten von „RockNORD“ und des Nationalen Infotelefon Hamburg. Vor kurzem nahm er eine Seite unter seine Fittiche, auf der NPD-Anwalt Horst Mahler über den Verbotsprozess berichtet. Der frühere Provider Checkdomain hatte die Seite wegen rechtsextremer Tendenzen vom Netz genommen.

Thomas Pfeiffer

Hintergrund**Ein „Haidlerle“**

Der REP-Vorsitzende Schlierer will am bisherigen Kurs festhalten. Frühere Weggefährten kehren ihm den Rücken und an der Basis rumort es gewaltig.

Wahlniederlagen sind die Republikaner gewohnt. Seit Jahren gab es nur Rückschläge. Nach dem Urnengang in Baden-Württemberg ist die Partei in keinem Landesparlament mehr vertreten. Doch nicht eine Analyse des katastrophalen Scheiterns bei den Kommunalwahlen in Hessen und den Landtagswahlen im Südwesten findet sich auf der Titelseite des Parteiblättchens „Republikaner“, sondern eine Auseinandersetzung mit der „Hysterie“ gegen die extreme Rechte, bei der es sich um ein „schleichendes Gift“ handele, das die „linke Vorherrschaft“ zementieren solle.

Rolf Schlierer, Autor des Beitrags, lässt sich zudem im Organ seiner Partei interviewen. Einen „heil-samen Schock“ sieht er im Wahlausgang. Schuld am Scheitern sind wieder einmal die anderen. Schlierer jammert: eine „Medienblockade“ habe es gegeben, seine Partei sei „im Wahlkampf massiv benachteiligt“ worden, vor allem aber Hauptbetroffene der „unseligen Kampagne“ gegen rechts, die „undifferenziert jeden demokratischen Ansatz rechts der Mitte zu diffamieren versucht“. Der Kurs der Partei aber müsse nicht geändert werden. „Feigheit vor dem Feind“ werde er nicht zeigen, er werde seine Partei „nicht im Stich lassen“. Im Stich gelassen hatten ihn allerdings die Wähler, deren Löwenanteil zur CDU abwanderte oder ganz zu Hause blieb. Der völlig auf seine Person abgestimmte Wahlkampf wird in Schlierers Erklärungsversuchen nicht einmal erwähnt. Die Lösung der Stunde lautet offenbar „Augen zu und durch“.

War zuvor stets betont worden, die Etablierung der Partei müsse über die Kommunalparlamente erreicht werden, wird nunmehr der Verlust von mehr als der Hälfte der Mandate in Hessen mit stoischer Gelassenheit zur Kenntnis genommen. Die Basis in Hessen reagierte weniger gelassen. Landesvorsitzender, Schlierer-Anhänger und Parteivize Haymo Hoch konnte sich beim jüngsten Landesparteitag erst in einer Kampfabstimmung gegen zwei Konkurrenten durchsetzen. Seinem Gegenkandidaten

Peter Schreiber, stellvertretender Bundesvorsitzender der Republikanischen Jugend, hatte im vergangenen Jahr Schlierers treuer Paladin Gerhard Tempel mangelnde Distanz zum Rechtsextremismus vorgeworfen. Erich Fuchs, ehemaliger Landesvorsitzender und entschiedener Zusammenarbeitsbefürworter, trat ebenfalls gegen Hoch an, der die Stellvertreterposten mit seinen Anhängern besetzen konnte. Fuchs hatte öffentlich den Rücktritt Schlierers als Selbstverständlichkeit eingefordert.

Wenn Schlierer überhaupt hausgemachte Fehler der REP einräumt, dann sind für diese selbstverständlich seine innerparteilichen Gegner verantwortlich. „Von jahrelangen Versäumnissen der Landesverbandsführung“ spricht Schlierer nebulös, beklagt „Mängel bei der Wahlkampf vorbereitung“, die besonders „Verluste im westlichen Landesteil“ sowie in Nordbaden hervorgerufen hätten. Der Landesverband Baden-Württemberg steht unter der Leitung des Schlierer-Konkurrenten Christian Käs, mit dem der Bundesvorsitzende noch etliche alte Rechnungen zu begleichen hat. Während man im Parteiblatt eine quantitative und qualitative Analyse vergeblich sucht, wird folgerichtig das Ergebnis der Oberbürgermeisterwahl in Rottweil besonders herausgestellt: dort landete Käs „enttäuschend bei 0,83 Prozent“. Für Käs dürfte dies der letzte größere Auftritt für seine Partei gewesen sein. Bereits im vergangenen Jahr hat er eine Anwaltspraxis eröffnet. Ihm wird Nähe zur Deutschen Aufbau Organisation Mecktersheimers nachgesagt. Andere Funktionäre des Landesverbandes orientieren sich am Partei übergreifenden Cannstatter Kreis.

Kritik an Schlierer kommt nicht zuletzt von dessen ehemaligen Kollegen im Landtag. Der bisherige parlamentarische Geschäftsführer Lothar König fordert, der Vorsitzende müsse „den Weg frei machen“. Fraktionsvize Klaus Rapp plädiert für „neue Köpfe“. Ex-Landtagsabgeordneter Michael Herbricht trat als Kreisvorsitzender zurück, da er den Schlierer-Kurs für gescheitert hält, und die ehemalige Landesvorständlerin Heilwig Holland gelangt zu dem Schluss, nur „Narren“ könnten für die Beibehaltung des bisherigen Kurses plädieren.

Genau in diesem „Kurs halten“ sieht Franz Schönhuber den sicheren Garanten für das „letzte REP-Kapitel“. Mit der üblichen Häme kommentiert er, zugleich den Versuch der Anlehnung an die FPÖ karikierend, Schlierer sei eben doch nur „ein Haidlerle“. In entscheidenden Fragen wie der „Bewahrung der nationalen Identität“ seien die REP

selbst von der CDU überholt worden. Schonungslos zieht er die niederschmetternde Bilanz der Amtszeit seines seinerzeit von ihm selbst protegierten Nachfolgers: „Im Norden und Westen der Bundesrepublik sowie in den neuen Ländern sind die Organisationsstrukturen zusammengebrochen, in Sachsen beschädigt.“ Der Mitgliederstand habe sich halbiert und liege „bei etwa 12 500, Tendenz weiter fallend“. Nur Schlierer-Anhänger wie der bisherige Landtagsabgeordnete Alfred Dagenbach sehen darin keinen Nachteil. Von einem Austritt des rechten Parteiflügels erhofft er sich ein verbessertes Bild in der Öffentlichkeit.

Ein ehemaliger Exponent dieses rechten Parteiflügels, der frühere Parteivize Otmar Wallner, der bei der NPD gelandet ist, zeigt sich ebenso versöhnlich wie seine neue Organisation. „Seine Wunden muss jeder selber lecken“, kommentiert er und plädiert für Versöhnung zwischen den verfeindeten rechten Brüdern im Geiste. Die NPD sieht in ihrem Parteiorgan nur die Alternative „Neuanfang“ wagen oder „endgültig in der politischen Bedeutungslosigkeit wegen mangelnder Daseinsberechtigung zu verschwinden“. Im gleichen Tenor streckt auch NPD-Landesvorsitzender Michael Wendland die Hand aus, wenn er zum „Dialog“ aufruft und fordert, „endlich die Scheuklappen“ abzulegen. Selbstverständlich verfolgt die NPD eigennützige Ziele, kann sie doch durch eine weitere Schwächung der REP nur gewinnen.

Deutlich die Absetzbewegungen auch bei der „Jungen Freiheit“, die noch kurz vor der Wahl Schlierer auf zwei Seiten Gelegenheit geboten hatte, seine Positionen darzulegen. Unmittelbar nach der Wahl konstatierte Chefredakteur Dieter Stein kühl den „Todestrieb einer in deprimierendem Zustand dahinsiechenden rechtskonservativen Szene“. Wie viele REP-Anhänger hat Stein längst das Pferd während des Galopps gewechselt und setzt jetzt auf den rechten CDU-Flügel. Gnadenlos gegenüber dem ehemaligen politischen Freund Schlierer wurde zum „tragischen Scheitern“ ausgerechnet der FPÖ-Vordenker Andreas Mölzer gebeten, der Mangel an „Integrationskraft, an Führungsstärke und Überzeugungsfähigkeit“ feststellte.

Die Republikaner aber rührt die zunehmende Kritik und Unruhe an der Basis nicht. Konsequenz führt man die alten Fehler fort. Die nächste Niederlage ist bereits vorprogrammiert. Im Herbst wollen die REP in Hamburg zur Bürgerschaft antreten.

Jean Cremet

Aktivitäten

Er kann's nicht lassen

Verzweifelt sucht der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert wieder Anschluss an seine Partei

Pünktlich zum 8. Mai landete in vielen Redaktionen ein Fax aus Weinheim. Der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert hatte in seiner Kiste mit den nicht beschlagnahmten Unterlagen gekramt und ein Flugblatt aus seinen besseren Tagen hervorgeholt. In der Schrift aus dem Jahr 1995 legt er seine Ansichten zum Tag der Befreiung dar. So seien Millionen Deutsche am 8. Mai 1945 von ihrer Heimat, ihrem Besitz, ihrer Wohnung oder ihrem Schmuck befreit worden. Ergänzt wird das Flugblatt durch ein Bild von Deckert und das Zitat „Ich kann Auschwitz und Befreiung nicht mehr hören“. Ähnlich geht es mittlerweile wohl vielen NPD-Anhängern mit dem Wort „Deckert“. Denn in den vergangenen Monaten ist der ehemalige NPD-Chef wieder verstärkt aktiv geworden. So tauchte er auf dem außerordentlichen Bundesparteitag der NPD Anfang April auf. Während die Delegierten das drohende Parteiverbot beraten wollten, ergriff Deckert das Mikrofon und attackierte in seiner Rede NPD-Anwalt Horst Mahler. Ein weiterer erfolgloser Versuch, bei den alten Kameraden wieder Fuß zu fassen. Doch Deckert gefällt die Rolle als Rebell. Vielleicht auch, weil ihm zur Zeit in der NPD nicht viel nicht bleibt.

Auch die Universität Heidelberg wäre den Holocaust-Leugner gerne wieder los. Dort studiert der 60-Jährige nunmehr im zweiten Semester Jura. „Ich weiß über Strafrecht wahrscheinlich mehr, als die Herren Professoren, schließlich bin ich Praktiker“, tönte er Ende vergangenen Jahres.

Seinen ersten größeren Auftritt nach der Haft hatte Deckert Mitte März in der Nähe von Stuttgart. Dort durfte er bei einem Kameradschaftsabend des „Deutschen Freundeskreis Schwaben“ die Zuhörer mit der einen oder anderen Geschichte aus seinem Leben und rund fünf Jahren Gefängnis beglücken. Deckert war im November 1995 verhaftet und erst Ende Oktober vergangenen Jahres wieder freigelassen worden. Er musste insgesamt über 20 Verurteilungen wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhass, Beleidigung und anderen Delikten absitzen.

Benny Bender

Aktivitäten**Späte Reaktion**

Die Zeitschrift „Mensch und Maß“ verbreitet völkisch-antisemitische Propaganda - seit nunmehr 41 Jahren

Der „Vertreibungsholocaust“ an den Deutschen wird angeprangert, der britische Holocaustleugner David Irving wohlwollend rezensiert und vor Millionen Türken gewarnt, die „heute in die Völker Europas“ strömen. „Mensch und Maß - Drängende Lebensfragen in neuer Sicht“ (MuM), so lautet der vollständige Name der 14-tägig erscheinenden Zeitschrift und die Sicht, die sich dem Leser zeigt, ist wahrlich nicht neu. Dargeboten wird eine breite Palette an klassischen Themen der extremen Rechten.

Herausgegeben wird das Blatt vom Verlag Hohe Warte, der in Pähl bei Weilheim seinen Sitz hat und von dem über 90-jährigen Freiherrn Franz Karg von Bebenburg geleitet wird. Bebenburg ist der Schwiegersohn von Mathilde Ludendorff (1877-1966), die in den 20er und 30er Jahren ein rassistisches und antifreimaurerisches Weltbild entwarf. Die Nervenärztin war 1926 die dritte Frau von Hitlers Kampfgefährten General Erich Ludendorff (1865-1937) geworden, der zusehends von den Vorstellungen seiner Frau beeinflusst wurde. Sie gründeten den Verein „Deutsche Gotterkenntnis“, der 1937 von Hitler als Religionsgemeinschaft anerkannt wurde. Nach dem Krieg - zwischenzeitlich war die Sekte von den Besatzungsmächten verboten und Mathilde Ludendorff als NS-Aktivistin verurteilt worden - kam es 1951 unter dem Namen Bund für Gotterkenntnis (BFG) zu einer Neugründung. 1961 wurde die völkisch-antisemitische Sekte von einigen Bundesländern verboten, 10 Jahre später bereits jedoch wieder ins Leben gerufen. Der BFG hat heute seine Geschäftsstelle in Wilzhofen.

„Mensch und Maß“ ist das Organ des BFG und erscheint nunmehr im 41. Jahr mit einer Auflage von rund 2000 Stück. In aktuellen Ausgaben (6+7/2001) nimmt man sich, reichlich spät, Außenminister Joschka Fischer und seine Vergangenheit vor. Ein beliebtes Thema in MuM ist immer wieder die Freimaurerei und ihr angeblich verderblich-verschwörerisches Tun. Ein Leser vertritt in Ausgabe 6/2001 die Auffassung, dass die „Bindung an die Weltfreimaurerei in den beiden großen Parteien“ sehr groß sei und verweist auf „einflussreiche

Clubs, von denen die ... Männerzirkel namens Rotary und Lions wohl die berühmtesten sind.“ In der selben Ausgabe findet sich ein Beitrag („Es gibt nur eine Freimaurerei“), der vom rechtsextremen PHI-Pressedienst übernommen wurde.

In der Ausgabe 7/2001 wird in einer Buchkritik (Helmut Schröcke: Kriegsursachen und Kriegsschuld des Zweiten Weltkriegs, Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur) beklagt, „in welchem Ausmaß die Deutschen im Laufe der Jahrzehnte manipuliert wurden und heute fast alles schlucken, was die herrschenden Meinungsmacher bieten“. Der Verfasser lege „ein politisch völlig unkorrektes“ Werk vor. In Richtung Polen gerichtet heißt es in einer weiteren Rezension: „Trotz völkerrechtswidrigem Landraub unter Geschichtsverfälschung und Zwangsarbeit will heute auch Polens Führung weitere Entschädigungen von der BRD ... So kann das 'Ausbluten' also ruhig weitergehen“. Gunther Duda beschäftigt sich in derselben Ausgabe mit Erbgutforschung und Menschenwürde aus Sicht der „Gotterkenntnis“. Unter Führung des Dachauer Arztes, der bereits für das NS-apologetische Blatt „Recht und Wahrheit“ schrieb, wird MuM an die BFG-Mitglieder verschickt.

Als MuM-Autor tritt auch der rechtsextreme Publizist Rolf-Josef Eibicht in Erscheinung, ehemals DVU-Kandidat und Referent beim revanchistischen Witiko-Bund. Dort ist auch Hans-Ulrich Kopp, Multifunktionär in diversen rechtsextremen Zusammenhängen, aktiv. Er greift ebenso für das Ludendorffer-Organ zur Feder wie Frithjof Hallmann, einschlägig bekannt als Autor in „Nation&Europa“. Gelegentlich werden die Seiten des Blattes mit Beiträgen aus den Schriften Mathilde Ludendorffs gefüllt, die Titel wie „Der Volksseele Wirken in der Menschenseele und ihre Verschüttung durch Fremdlehre und Rassemischung“ tragen.

Die „Süddeutsche Zeitung“ machte kürzlich darauf aufmerksam, dass das bayerische Landeskriminalamt (LKA) Aufträge an eine Dornacher Druckerei vergab, die auch MuM druckt. Dies hat jetzt zur Folge, dass sich der Verlag Hohe Warte für seine Zeitschrift eine neue Druckerei suchen muss. Franz Karg von Bebenburg nimmt in einem Schreiben an die Abonnenten vom 23. April mit „Bedauern zur Kenntnis“, dass „die Druckerei durch anwaltliches Schreiben die 50-jährige Geschäftsbeziehung mit sofortiger Wirkung gekündigt“ habe. Er könne „die Auslieferung der nächsten Folgen nicht gewährleisten.“

Roland Lory

Aktivitäten

Post von der DVU

Für die Frey-Partei hat der Wahlkampf in Hamburg schon begonnen.

Die Deutsche Volksunion (DVU) fordert in Hamburg die Herausgabe von mehreren hunderttausend Wählerdaten, um vor der Bürgerschaftswahl am 23. September gezielt Propagandamaterial versenden zu können. 1997 hatten der Partei des Münchner Verlegers Gerhard Frey nur 190 Stimmen zum Einzug in die Bürgerschaft gefehlt. In der Hansestadt ist sie in vier Bezirksversammlungen vertreten.

Monate vor der Bürgerschaftswahl sorgt die DVU für den ersten Wahlaufreger. Wie vor knapp vier Jahren will sich die Partei Namen und Adressen von wahlberechtigten Bürgern der Elbmetropole verschaffen und verlangt zu diesem Zweck die Herausgabe von über 700 000 Datensätzen aus dem Melderegister. Rein rechtlich ist gegen das Begehren der aus der bayerischen Landeshauptstadt ferngesteuerten Rechtsausleger nichts einzuwenden. Nach Paragraph 35 des Hamburger Meldegesetzes dürfen die Behörden ein halbes Jahr vor Wahlen personenbezogene Informationen an Wählervereinigungen und Parteien weiterleiten. Diese Regelung hatten vor allem Parteien vom rechten Rand im Vorfeld der Wahl 1997 genutzt: Die DVU hatte 578 000, der Bund Freier Bürger 220 000 und die NPD 34 000 Datensätze erhalten - für den Hamburger Datenschutzbeauftragten Peter Schaar Grund genug, sich jetzt für eine Beschränkung des Auskunftswerts der Parteien einzusetzen. Während Sprecher von CDU und GAL beipflichteten, will die Regierungspartei SPD die „Erfahrungen dieser Wahl“ abwarten. Erst dann ist sie bereit, die gesetzlichen Grundlagen für umstrittene Datenweiterleitung zu überprüfen.

Die Folgen dieser in Hamburg gängigen Praxis konnten Wahlberechtigte, vor allem Erstwähler, vor vier Jahren nach einem Blick in ihre Briefkästen bestaunen. Sie fanden zuhauf in mehreren Wellen verschickte Postwurfsendungen mit amtlichem Anstrich: „Achtung: wichtige Wahlunterlagen!“ Wer die roten Briefe öffnete, dem quollen altbekannte Parolen aus dem Arsenal rechter Wahlkampfstrategen entgegen. „Hamburg muss frei werden von ausländischen Bettlerbanden, Verherrlichung von Rauschgift bestrafen, Wiedereinführung der Zucht-

hausstrafe, vor besonders gefährdeten Gefallenen-Ehrenmalen soll eine Bundeswehrwache aufziehen!“, hieß es da.

Die DVU hatte in Hamburg 1997 einen nach SPD-Schätzungen zwei Millionen Mark teuren „Geisterwahlkampf“ ohne öffentliche Veranstaltungen oder Info-Stände geführt und schaffte in vier von sieben Bezirken den Sprung in das Kommunalparlament. Die inhaltlichen Schwerpunkte, die in den Sitzungen der Bezirksversammlungen Bergedorf, Wandsbek, Harburg (je drei Mandate) und Mitte (vier Mandate) gesetzt wurden, waren dieselben wie im Wahlkampf: Ausländer, Asylbewerber, Kriminalität und „Altparteien“. Diese Themenkreise versuchten die DVU-Abgeordneten in meist vom Blatt abgelesenen Reden oder Anträgen und Eingaben mit lokalem Kolorit zu verknüpfen.

Dabei traten die in der Mehrzahl politisch unerfahrenen Abgeordneten oft ins Fettnäpfchen, wie Britta Obszerninks und Matthias Schmidt in ihrer von der Hamburger Landeszentrale für politische Bildung in Auftrag gegebenen Untersuchung „Die Parlamentsarbeit der DVU in den Hamburger Bezirken“ schreiben: „Der kommunalpolitische Bezug wurde weitgehend nur als Alibi benutzt, um von offensichtlich vorgefertigten Texten zum Teil fehlerhaft und mit Begriffsverwechslungen abzulesen.“ Konkrete Lösungsvorschläge: „Fehlanzeige!“ Die DVU, so die Autoren weiter, gehe ihre „Themen gebetsmühlenartig auf Stammtischniveau“ durch und nutze die Bezirksversammlungen als „Bühne“.

In ihrer Analyse der Hamburger DVU diagnostizieren die Politikwissenschaftler „eindeutige Ausländerfeindlichkeit der Rechten, mangelnde Fähigkeit, sich zu informieren und den fehlenden Willen, differenziert zu urteilen“. In Debattenbeiträgen wird die „gesunde deutsche Jugend“ ebenso gelobt wie die „international als die besten der Welt bewerteten Soldaten der Wehrmacht“, Vertretern der „Altparteien“ schon mal angedroht, „gleich aus dem Fenster zu fliegen“. Auch an die deutschen „Wachhunde“ wurde gedacht. „Hunde tun im Haus ihren Dienst als Wächter und haben daher das Recht, sich wenigstens einmal am Tag ausreichend austoben zu können“, heißt es in einer Drucksache. Deshalb, so fordert die Harburger DVU, müssten in Naturschutzgebieten künftig Areale ohne Leinenzwang ausgewiesen werden.

Volker Stahl

Britta Obszerninks / Matthias Schmidt: Die Parlamentsarbeit der DVU in den Hamburger Bezirken. Eine Dokumentation. Bezug: Landeszentrale für politische Bildung, Große Bleichen 23, 20354 Hamburg

Hintergrund**Endlich aufgewacht**

Prozesse um NS-Verbrechen stoßen heute auf großes öffentliches Interesse - im Gegensatz zu früher

Als im Mai 1992 der ehemalige SS-Oberscharführer (Feldwebel) Josef Schwammberger in Stuttgart wegen mehrfachen Mordes und Beihilfe zum Mord zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt wurde, machte das Schlagzeilen. Der Mörder war Kommandant des Ghettos Przemysl in Südostpolen gewesen - trotz seines niedrigen Dienstgrades. Deshalb nannte etwa die „Süddeutsche Zeitung“ (SZ) das Verfahren einen der „wohl letzten großen NS-Prozesse“. Auch andere überregionale Blätter hatten dem Verfahren eine bis dahin kaum gekannte Aufmerksamkeit geschenkt. In diesen Tagen hat nun in Ravensburg der frühere SS-Untersturmführer (Leutnant) Justus Viel ebenfalls wegen Mordes zwölf Jahre Freiheitsstrafe bekommen. Viel hat kurz vor der Befreiung in Böhmen mehrere Häftlinge ohne Grund erschossen. Zutreffend titelte die SZ „in einem der letzten NS-Prozesse“. Wenige Tage später begann in München das Strafverfahren gegen Anton Malloth. Die Staatsanwaltschaft wirft dem früheren SS-Scharführer (Unterfeldwebel) Morde im Gestapo-Gefängnis „Kleine Festung“ in Theresienstadt östlich von Prag vor. Auch diesem Verfahren widmeten zahlreiche Medien große Aufmerksamkeit - schon im Vorfeld. In Hamburg wohnt seit Jahrzehnten unbehelligt der frühere SD-Chef von Genua, Friedrich Engel. Der SD war die Geheimpolizei der SS. Ob gegen Engel Anklage erhoben wird, ist derzeit noch offen. Dennoch kam der alte Mann plötzlich in die Medien. Und im ostwestfälischen Horn wurde soeben gegen einen Mann namens Carl-Friedrich Titho demonstriert, dem Verbrechen in zwei Durchgangslagern in Italien vorgeworfen werden. Alle Verurteilten, Angeklagten und Verdächtigen sind längst im Greisenalter. Viel ist unter anderem wegen seines hohen Alters mit zwölf Jahren weggekommen. Auf Mord steht generell lebenslang.

Als im November 1975 in Düsseldorf mit dem Majdanek-Verfahren gegen 15 Angeklagte der wirklich letzte große NS-Prozess begann, wurde in den Medien zwar die Eröffnung zur Kenntnis genommen, danach aber arbeitete das Gericht praktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Am zweiten

Tag waren noch sechs Journalisten im Sitzungssaal, am dritten gar nur zwei. So blieb es trotz Skandale um einige Verteidiger. Dabei ging es immerhin um 250 000 Tote. Erst nachdem der Süddeutsche Rundfunk im Frühjahr 1976 einen langen Hörfunkbericht gesendet hatte, wachten die Medien langsam auf. Für den wirklichen Durchbruch sorgte Ende 1976 ein niederländischer TV-Sender mit einer großen Reportage von Ludi Boeken.

Nicht anders war es in den meisten anderen NS-Prozessen. Ein paar Zeilen oder Bilder am oder vom Eröffnungstag und von der Urteilsverkündung. Das galt im Übrigen keineswegs nur für die deutschen Medien. Wenn es um Verbrechen in Polen ging, ließen sich polnische Korrespondenten nur sporadisch sehen. Dasselbe gilt für Verfahren im Zusammenhang mit Vernichtungslagern, in deren Mittelpunkt stets jüdische Opfer standen. Es gab nur wenige Ausnahmen. Als im Januar 1967 in München drei Vollstrecker der „Endlösung“ in den Niederlanden vor Gericht standen, waren die meisten holländischen Medien mit eigenen Korrespondenten vertreten - bis zum Urteil. Im Januar 1979 - also während des Majdanek-Prozesses - begann in Köln das Strafverfahren gegen drei „Endlöser“ in Frankreich. Da musste vor allem wegen der vielen französischen Berichtersteller in einen größeren Sitzungssaal umgezogen werden.

In den anderen Fällen hatten es die Journalisten schwer, Beiträge über NS-Prozesse in ihrem Medium unterzubringen. Eine Mitschuld daran tragen prominente Politiker, Geistliche und Gewerkschafter. Hätten sie sich hin und wieder in den Sitzungssälen sehen lassen, wäre darüber mit Sicherheit berichtet worden. Der israelische Botschafter hat das im Stammler-Verfahren bewiesen.

Eine rühmliche Ausnahme bildet bis heute der Norddeutsche Rundfunk (NDR). Eberhard Fechner und seine Mitarbeiter sind zu vielen Beteiligten am Majdanek-Verfahren gereist - zu Angeklagten, Zeugen, Anwälten, Beobachtern, obwohl nicht sicher war, dass die Interviews jemals gesendet würden. Schließlich ging alles gut aus und Fechner konnte den Dreiteiler „Der Prozess“ fertig stellen. Er ist dafür mit etlichen Preisen ausgezeichnet worden.

Angesichts des großen Interesses an relativ unbedeutenden Randfiguren wie Viel, Malloth, Engel und Titho würde Fechner heute wohl sagen: „Es hat sich viel zum Positiven geändert - wenn auch reichlich spät.“

Heiner Lichtenstein

Demokratische Initiativen**Alltag im Osten**

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse informiert sich über Initiativen gegen Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern

Der braune Trupp hatte sich schon postiert. Unmittelbar nachdem dann die Podiumsdiskussion in der Ahlbecker Pommernhalle mit Bundestagspräsident Wolfgang Thierse begann, erhoben sich die Mannen des „Nationalen Widerstands Insel Usedom“, skandierten „SPD - Arbeiterverräter“, warfen von der Empore Flugzettel mit Hetzparolen unter die Veranstaltungsteilnehmer - und zogen ab. Bereits im Vorfeld riefen die Neonazis dazu auf, an der Veranstaltung teilzunehmen, im Internet gab die „Kameradschaft Schwerin“ Ort und Zeit bekannt. Auch logistisch war man gerüstet, Flugblätter, die vor der Halle verteilt wurden, hatten die rassistischen „Unabhängigen Nachrichten“ aus Bochum zur Verfügung gestellt. Wolfgang Thierse scheute die Auseinandersetzung nicht und warf den Neonazis Ausländerhetze vor. Als „Realitätsblindheit“ bezeichnete Thierse es, wenn da in einem Flugblatt behauptet werde, dass ausgerechnet vor Ort in Mecklenburg-Vorpommern die Deutschen in der Minderheit seien. Zwei Diskussionsbeiträge der Rechten offenbarten rasch, woher der Geist weht und damit war der „Nationale Widerstand“ dann auch schon verstummt. Die rund 20 Rechtsextremisten blieben aber in der Halle, zum Teil mitten im Publikum sitzen.

Ahlbeck auf Usedom: Im vergangenen Juli haben dort rechte Gewalttäter den 51-jährigen Obdachlosen Norbert Plath zu Tode geprügelt. Gemeinsam mit dem mecklenburg-vorpommerschen Innenminister Gottfried Timm (SPD) ist Wolfgang Thierse zu einer öffentlichen Veranstaltung nach Ahlbeck gekommen, um mit örtlichen Vertretern und Bürgerinnen und Bürgern über „Rechtsextremismus“ zu diskutieren. Dass das Thema schon vor acht Jahren auf die Tagesordnung gehört hätte, betont dabei Gottfried Timm. Nach seinen Angaben gibt es in Mecklenburg-Vorpommern rund 900 gewaltbereite Rechte und etwa 15 so genannte autonome „Kameradschaften“, die NPD verfüge über 250 Mitglieder. Anlass zur Sorge bieten dem Innenminister besonders aktuelle Befunde, wonach in den Köpfen von 30 Prozent der Bevölkerung „unde-

mokratisches Gedankengut“ herumspukt. Wolfgang Thierse richtet eine Mahnung an die Anwesenden, sich verantwortlich zu fühlen, „der Zustand einer Gesellschaft in einer Stadt (sei) Angelegenheit aller Bürger“. Als den aus seiner Sicht entsetzlichsten Vorfall bezeichnet es Thierse, als Rechtsextremisten einen Farbigen zusammenschlugen und den Vorfall beobachtende Taxifahrer weder eingriffen noch über Funk Hilfe riefen - so geschehen im September 1998 in Königs Wusterhausen in Brandenburg.

Ahlbeck war die dritte Station, die Wolfgang Thierse an diesem 3. Mai in Vorpommern aufsuchte. Seit zwei Jahren fährt der Bundestagspräsident regelmäßig nach Ostdeutschland, um sich über lokale Initiativen gegen Rechtsextremismus zu informieren. In Grimmen appelliert er an die Schülerinnen und Schüler eines Gymnasiums, selbst aktiv zu werden: Was aus der Region werde und ob sich die Rechtsextremisten ausbreiten könnten, hänge nicht nur von den Politikern ab, sondern auch davon, was die Jugendlichen selbst täten, so Thierse. Befragt von Thierse über ihre Erfahrungen mit rechten Jugendlichen, offenbaren die jungen Leute dann doch Erschreckendes. Da ist die Rede von Schutzgeld-erpressungen an den Schulen und eskalierender Gewalt. Gerade in ländlichen Regionen zögen die Rechtsextremen mit ihren Parolen durch die Dörfer. Die alten Leute rege das schon gar nicht mehr auf, teilweise stünden sie sogar dahinter, bestätigt ein Jugendlicher. Befürchtet wird ein weiterer Zulauf bei den Rechten durch Geschwister, die ihren älteren Brüdern und Schwestern vielfach nacheifern würden. Die jungen Menschen beklagen insbesondere die mangelnde Jugendarbeit, Jugendliche würden mit ihren Problemen allein gelassen. Die Perspektiven sind auch für die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums düster. Sie machen sich schon heute Gedanken, ob sie nach der Schule in den Westen gehen sollen. *Gabriele Nandlinger*

Hinweis

Berlin - Der Geschäftsführer und Projektkoordinator des deutsch-vietnamesischen Vereins Dien Hong - Gemeinsam unter einem Dach e.V. aus Rostock, Michael Hugo, erhält für sein Engagement für die Interessen ausländischer Mitbürger und „öffentlichen Stellungnahmen gegen Rechtsextremismus“ den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis 2001. Die Auszeichnung wird am 22. Mai um 11.00 Uhr durch den SPD-Generalsekretär Franz Müntefering im Willy-Brandt-Haus in Berlin-Kreuzberg verliehen.

Personen**Verdiente Ehrung****Holocaust-Forscher wird Raul Hilberg 75**

Wenn er nur das eine Werk geschrieben hätte, wäre ihm ein ehrenvoller Platz unter den führenden NS-Forschern sicher. „Die Vernichtung der europäischen Juden“ bleibt ein Standard-Buch für alle, die sich mit dem Holocaust beschäftigen. Raul Hilberg hat es 1961 in Chicago veröffentlicht und musste fast 30 Jahre warten, ehe sich im Land der Täter ein Verlag fand, der die deutsche Übersetzung vorlegte. Es war - wie kaum anders zu erwarten - der Fischer-Verlag, der die ursprünglich 790 Seiten in drei Bänden als Taschenbuch auf den Markt brachte. Hilberg wurde am 2. Juni 1926 in Wien geboren. Kurz nach dem „Anschluss“ Österreichs flüchteten seine Eltern 1939 in die USA, wo Sohn Raul studierte, unter anderem bei dem aus Berlin geflohenen deutschen Politikwissenschaftler und Juristen Franz Neumann. 1945 kam Raul Hilberg als GI nach Deutschland und entdeckte in München die in Kisten verpackte Privatbibliothek Adolf Hitlers. Dieser Fund hat sein Leben bestimmt - bis heute. Denn nun begann seine Erforschung der NS-Zeit mit dem Schwerpunkt Holocaust. Nachdem er mit Hilfe des Fischer-Verlags in der Bundesrepublik endlich Fuß gefasst hatte, folgten 1992 „Täter, Opfer, Zuschauer“ und 1994 seine Biografie „Unerbetene Erinnerung. Der Weg eines Holocaust-Forschers“. Wenig beachtet blieb leider seine 1981 in Mainz erschienene erste Untersuchung der Rolle der Reichsbahn im Holocaust mit dem Titel „Sonderzüge nach Auschwitz“.

Als die Stiftung Erinnerung 1999 zum ersten Mal ihren „Marion-Samuel-Preis“ verlieh, fiel die Wahl auf Raul Hilberg. Marion Samuel ist als elfjähriges jüdisches Mädchen 1943 von Berlin nach Auschwitz verschleppt worden. Von ihr ist außer dem Geburtsdatum, der letzten Anschrift und dem Tag der Deportation nichts bekannt. Die in Lindau ansässige Stiftung vergibt den mit 25 000 Mark dotierten Preis an Persönlichkeiten, die sich auf „besonders wirkungsvolle Weise gegen das Vergessen, Verdrängen und Relativieren der von den Deutschen in der Zeit des Nationalsozialismus begangenen Verbrechen wenden und die wissenschaftliche Aufarbeitung dieser Verbrechen voranbringen“. Dass Hilberg zu diesen Persönlichkeiten gehört - wer wollte das bezweifeln. *Heiner Lichtenstein*

Ausland**Idol Jeanne d'Arc****Frankreichs Rechtsextreme demonstrieren getrennt zu Ehren ihrer „Nationalheiligen“.**

Wie in jedem Jahr seit 1988, hat Jean-Marie Le Pen seine Parteigänger am diesjährigen 1. Mai zwischen dem Pariser Stadtzentrum und dem Platz der Oper aufmarschieren lassen, um der „Nationalheiligen“ Jeanne d'Arc zu gedenken (die im 15. Jahrhundert die Engländer aus dem Land getrieben hat). Rund 3 000 zum Teil ältere Mitglieder und Anhänger des Front National zogen so am Vormittag des 1. Mai vor die Pariser Oper, ähnlich viele wie im Jahr 2000. Zum 1. Mai 1996 waren es noch um die 10 000 Demonstranten gewesen. Seit der Parteispaltung Anfang 1999 hat sich diese Zahl jetzt deutlich reduziert.

Der rivalisierende MNR (Mouvement National Républicain) seinerseits hat in diesem Jahr auf einen Aufmarsch zum 1. Mai verzichtet, schon im Vorjahr hatte er nur einen Autokorso organisiert. Die MNR-Anhänger demonstrierten, wie im Vorjahr, dafür am 13. Mai in Lothringen, fernab der vielen Beobachter in der Kleinstadt Domrémy, wo Jeanne d'Arc 1412 geboren wurde.

In seiner, wie üblich circa einstündigen, Rede malte Jean-Marie Le Pen einmal mehr ein Bild vom „Komplot“, das gegen Frankreich (und die Nationen im Allgemeinen) betrieben werde. Die beiden Hauptelemente des „Komplots“, die sich in einem Zangenangriff von außen und von innen gegen die Nation richten würden, seien „der Euroföderalismus“ einerseits und die Immigration andererseits. Im Zusammenhang mit Letzterer bezeichnete Le Pen die politische Klasse als „Komplizen eines absichtlichen Bevölkerungsaustauschs und (damit) eines wahrhaften Verbrechens gegen die Nation und das französische Volk“. In finsternen Farben malte Le Pen den Franzosen und vor allem der Jugend eine „Zukunft der Knechtschaft“ aus, falls sie sich heute von materiellen Vorteilen und individuellen Freiheiten blenden lasse und so dem Untergang zutriebe. Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2002, zu denen er (als Präsidentschaftskandidat) antrete, seien - so Le Pen - „die letzte Chance, die dem französischen Volk geboten ist, sich einem Schicksal des Elends und der Knechtschaft zu entreißen“. *Bernhard Schmid*

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten****„Nation&Europa“ (NE), 51. Jg., Nr. 5/2001:**

Auch Willy Brandt war stolz auf sein Land, wie er 1972 auf Plakaten verkünden ließ, um für seine Wahl zu werben. Die auf dem Titelblatt von NE gestellte Frage, ob auch er deswegen rechtsextrem gewesen sei, geht ebenso fehl wie Leitartikler Karl Richter - denn anders als die Biertischnationalisten und dumpfbackigen Glatzen war der Stolz auf sein Land keine Absage an andere. Wenig Erhellendes liefert der aus Südafrika zugereiste Claus Nordbruch mit seiner Forderung, den „Krieg auch geistig (zu) beenden“, zu der er die die Realität deutlich verfehlende These aufstellt, „von den drei nachkriegsdeutschen Teilstaaten Österreich, BRD und DDR haben die beiden erstgenannten die größten finanziellen Bürden getragen“ - „und tragen sie heute noch“(?). Bekanntlich endete die DDR vor zehn Jahren. Angesichts der Diskussion um die Gentechnologie ficht NE eine Lanze für Prof. Muckermann, den prominenten Rassetheoretiker im Dritten Reich. Roland Wuttke wirft den Vertriebenen Anbiederung an die Regierungen vor und empfiehlt ihnen, mit Blick auf die bei der EU-Erweiterung unausweichliche Möglichkeit der Wiederansiedelung der Vertriebenen, eine von Visionen geprägte neue Politik. Die dramatische Wahlniederlage des REP-Vorsitzenden Schlierer bei der Stuttgarter Landtagswahl lässt Franz Schönhuber zur Schlussabrechnung mit seinem Widersacher greifen, nicht ohne ein weiteres Mal zu betonen, er habe „keine parteipolitischen Ambitionen mehr“ (wofür sich Harald Neubauer als neuer REP-Vorsitzender anbietet). Als - nunmehr neue - Strategie empfiehlt Schönhuber, in die CDU unterzuschlüpfen, dem „sozialpatriotisch geprägten Kern“. Im Übrigen aber wie die Christen während der Römerzeit in die Katakomben zu gehen (sic!) und eine programmatische Plattform zu errichten, bis die Personen kommen, die darauf stehen können (s. oben). Ein Nachruf ist Günter Kaufmann, Presseferent des Reichsjugendführers von Schirach, Chronist der Hitlerjugend, gewidmet. Kritisiert wird die FAZ wegen verweigertem Abdruck der Todesanzeige für die BDM-Reichsferentin Jutta Rüdiger. Viel Antisemitismus findet sich in den Leserbriefen. Rezensiert wird das Buch von Israel Shahak „Jüdische Geschichte, jüdische Religion. Der Einfluss von 3000 Jahren“ als „Enthüllungen über 'jüdischen Rassismus'“. (khr)

„Junge Freiheit“ (JF), 16. Jg., 16-19/2001:

Unübersehbar wird Kritik an den REP, besonders der gescheiterten Politik des Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer geübt, der außer der „Zuwanderungsproblematik“ keine politischen Lösungen anzubieten habe, meint Alexander Schmidt. Die FPÖ täte gut daran, ihrer „unverzichtbaren Führungsfigur“ Jörg Haider dahin zu folgen, „soziales Gewissen“ der Wiener Regierung zu sein, bilanziert Carl Gustav Ströhm (16/01). Von Ausländerkriminalität und Straftaten Linksextremer werde Berlin heimgesucht, und die friedlich demonstrierende NPD solle für eine Änderung des Versammlungsrechts herhalten und gar verboten werden, mokiert sich Ronald Gläser. Nicht nachvollziehen kann Philip Pickert, dass nicht alle drei Strophen des Deutschlandliedes als Nationalhymne gelten. Gelobt wird das Engagement des rechtsextremen Verlegers Dietmar Munier und seiner Vereine Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen und Gesellschaft für Siedlungsförderung in Trakehnen in der „ehemals östlichsten Provinz des Reiches“ (17/01). Die Mär von dem „totalitären Klima in unserem Land“ bemüht JF-Chefredakteur Dieter Stein, diesmal im Zusammenhang mit linksextremen Steinewerfern, die „sich der klammheimlichen Zustimmung eines linksliberalen Establishments sicher sein“ könnten. Die JF will jetzt „Politische Korrektheit stoppen“ und startet eine Kampagne „gegen Bevormundung und Meinungsterror“, wobei 100 000 Aufkleber „Political Correctness - Nein danke“ verbreitet werden sollen (18/01). Zu der erwarteten Rechtsregierung in Italien merkt Frank Philip an, dass hinter „den 'Werten' der EU pures Machtkalkül der Linken“ stecke. Vor dem „Zeitalter der Viren“ warnt der neurechte Vordenker Alain de Benoist. „Ideen, die als 'gefährlich' gelten“, würden „unter Quarantäne gestellt“, die „überführten Krankheitsträger ... gar als Untermenschen behandelt“, um sie herum Sperrzonen errichtet werden (18/01). Von Endzeitstimmung schwadroniert Hans Helmuth Knütter, wir Deutschen lebten in einer „Inkubationszeit“, an die „Erlösung durch die Politik“ glaube keiner mehr (19/01). Manuel Ochsenreiter warnt die Union davor, beim Thema Einwanderung gemeinsame Sache zu machen mit den „deutschfeindlichen Konzepten von Rot/Grün“. Rezensiert werden in einem Beitrag mehrere Bücher, darunter aus dem Arndt-Verlag und der Verlagsgesellschaft Berg, zu Flucht und Vertreibung „in den deutschen Ostprovinzen“, nach JF-Leseart „Ostdeutschland“. Werben dürfen auch wieder die rassistischen „Unabhängigen Nachrichten“ aus Bochum (19/01). (gn)

Bücherschau**Legende widerlegt**

Die seit Mitte der Achtzigerjahre wieder aufkommenden Behauptungen über den angeblichen „Präventiv-Krieg“-Charakter des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 motivierten den israelischen Historiker Gabriel Gorodetsky nicht nur immer wieder zu kritischen Stellungnahmen. Er sah sich dadurch auch zu einer intensiven Aufarbeitung der seinerzeitigen Ereignisse motiviert, wozu ihm die jetzt zugänglichen Archive der ehemaligen Sowjetunion zusätzlich Stoff boten. Als Resultat der Forschungen legte Gorodetsky 1999 eine umfangreiche Studie unter dem Titel „Grand Delusion. Stalin and the German Invasion of Russia“ vor. Ihre deutsche Übersetzung erschien unter dem Titel „Die große Täuschung. Hitler, Stalin und das Unternehmen 'Barbarossa'“. Deren Hauptanliegen ist es, Stalins Politik hinsichtlich ihrer Ausrichtung und Motive darzustellen.

Gorodetsky legt seine Arbeit historisch-chronologisch an und konzentriert sich auf das Jahr vor dem Ausbruch des Krieges. Zunächst fragt er jedoch nach den Prämissen für Stalins Außenpolitik, geht auf das Verhältnis zwischen Großbritannien und der Sowjetunion sowie auf den Streit um den Balkan ein. Dem folgend widmet der Historiker sich der Verschärfung der Spannungen, den Hintergründen für die Alarmierung der Roten Armee und den Folgen des Staatsstreichs in Jugoslawien. Danach geht er auf Churchills Warnung an Stalin, die Rolle Japans und Rudolf Hess' England-Flug ein. Abschließend zeichnet Gorodetsky die Ereignisse am Vorabend des Krieges und den Beginn der Katastrophe nach.

Nach seiner Auffassung war Stalins Außenpolitik weniger ideologisch und mehr machtpolitisch bedingt. Der Diktator habe alles zu unterlassen versucht, was den Status der Sowjetunion als europäische Großmacht gefährden konnte. Ihm sei auch bewusst gewesen, dass die Rote Armee trotz großer Anstrengungen für eine militärische Auseinandersetzung nicht gerüstet gewesen sei. Daher habe er auch gegenüber Hitler-Deutschland auf einer Beschwichtigungstaktik bestanden und Provokationen um jeden Preis zu vermeiden versucht. Auf Warnungen vor einem deutschen Angriff von Seiten des Geheimdienstes oder der Militärs hörte

Stalin Gorodetsky zufolge nicht. Dadurch sei der sowjetische Diktator Opfer seiner eigenen Selbsttäuschung geworden. Insofern könne von einem beabsichtigten Angriff der Sowjetunion auf Hitler-Deutschland und gegenüber diesem von einem „Präventiv-Krieg“ bezogen auf den Überfall nicht gesprochen werden.

Dem Autor kommt das Verdienst zu, erstmals breiter die Archive in Russland hinsichtlich der Entscheidungsprozesse der sowjetischen Politik im angegebenen Zeitraum ausgewertet zu haben. Damit verdeutlicht er im Unterschied zu den anderen Darstellungen zum Thema auch die Entwicklungen auf der sowjetischen Seite. Entsprechend wenigen Raum nimmt so allerdings das Verhalten der späteren Angreifer ein. Eine stärkere Gewichtung dieses Gesichtspunktes hätte Gorodetskys Kernaussage noch besser belegen können, wobei er aber auch so überzeugend die „Präventivkriegs“-These widerlegt. Etwas irritierend wirkt die formale Darstellung, die den Leser mit nicht immer nötigen Detaildarstellungen konfrontiert, sich mitunter in der Beschreibung verliert und die eigentliche inhaltliche Linie vermissen lässt. Außerdem hätte man sich hier und da eine etwas stärker problemorientierte und mehr systematische Erörterung gewünscht. Dies gilt auch für die Gesamteinschätzung der sowjetischen Politik, die eben nur aus strategischen Gründen zurückhaltend war.

Armin Pfahl-Traugher

Gabriel Gorodetsky, Die große Täuschung. Hitler, Stalin und das Unternehmen „Barbarossa“. Aus dem Englischen von Helmut Ettingen, Berlin 2000 (Siedler-Verlag), 512 Seiten, 49,90 Mark.

Hinweis

Berlin - Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Lebenszeugnisse“ berichtet am 31. Mai Christa Schikorra über das Schicksal von Frauen in der NS-Zeit, die „als 'Asoziale' abgestempelt - Häftlinge im Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück“ waren. Die Historikerin und Erziehungswissenschaftlerin Schikorra hat Personalakten der Kriminalpolizei, dreier Arbeitshäuser und Berichte Überlebender des KZ Ravensbrück recherchiert sowie ehemals als „Asoziale“ inhaftierte Frauen aufgesucht und interviewt. Die Veranstaltung wird vom Zentrum für Antisemitismus der TU Berlin, dem Literaturforum und dem Metropol-Verlag durchgeführt
Donnerstag, 31. Mai, 20.00 Uhr Literaturforum im Brecht-Haus, Chausseestraße 125, Berlin-Mitte

DU gegen rechts

**Für Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7, Schul-AGs,
Jugendgruppen und -clubs sowie Studierende
(von 12 bis 25 Jahren)**

Der **blick nach rechts** prämiiert in einem Wettbewerb Projekte von engagierten Jugendlichen.

Beschreibt, wie ihr (ab 5 Personen je Gruppe) in eurem Umfeld gegen Rechts-extremismus und Ausländerfeindlichkeit vorgeht (z.B. Stadtteilstefte, Plakataktionen, RAPs, Hörspiele, Theaterstücke, Ausstellungen, Websites, Patenschaften). Willkommen sind auch Einsendungen, die sich mit der lokalen NS-Vergangenheit beschäftigen. Entscheidend ist, dass euer Projekt sich an den jeweiligen örtlichen Besonderheiten orientiert.

Eingesandt werden können als Dokumentation Bild- und Tonträger, Presseauschnitte, Website-Adressen oder ausführliche Berichte.

Eine Jury entscheidet über die Gewinner des Wettbewerbes. An jede Altersstufe (12-15, 15-18, 18-25 Jahre) werden zwei Hauptpreise und verschiedene Sonderpreise vergeben.

Schirmherrschaft
Bundestagspräsident
Wolfgang Thierse

Anmeldeschluss
für die Projektidee:
1. Oktober 2001

Einsendeschluss
der Dokumentation:
31. Dezember 2001

Weitere Infos unter
www.bnr.de

Anmeldung und Rückfragen
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Frau Bastienne Gebhard
Tel. (0 30) 2 55 94 - 155
Fax (0 30) 2 55 94 - 199
E-Mail info@bnr.de

ALLES WIRD SICH ÄNDERN - DURCH UNS!

Meldungen**Inland**

■ **Berlin** - In einem Brief an die Freunde und Förderer der „Jungen Freiheit“ (April) verkündet Chefredakteur Dieter Stein, dass die Kosten der Anzeigenkampagne „Appell für die Pressefreiheit“, in deren Folge die Postbank die Kündigung des JF-Kontos zurücknahm, zwischenzeitlich durch Spendenspenden voll beglichen seien. Mehr als 70 000 Mark will die JF in den vergangenen Wochen an Spenden erhalten haben. Stein ruft nun den Freundes- und Förderkreis zu weiteren Spenden auf, um eine „Riesenkampagne gegen 'Political Correctness'“ zu starten. Die Kosten sollen bei rund 100 000 Mark liegen.

■ **Gelsenkirchen** - Der Gelsenkirchener Oberbürgermeister Oliver Wittke (CDU) bedauert sein Interview in der rechtsextremen Publikation „Freiheit Wattenscheid“. Es ist in der ersten Quartals-Ausgabe 2001 von „Freiheit Wattenscheid“ (FW) abgedruckt. Geführt hat das Interview mit dem 35-jährigen Oberbürgermeister der FW-Herausgeber Michael Frank. Der vorbestrafte Frank gehörte in der Vergangenheit der NPD, den Jungen Nationaldemokraten und der DVU an. „Freiheit Wattenscheid“ erscheint seit 1990 und wurde ab 1992 für einige Jahre durch den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz beobachtet. Die Auflagenhöhe von „Freiheit Wattenscheid“ wird mit 10 000 Exemplaren angegeben.

■ **Jena** - Die NPD-nahe Neonazitruppe Thüringer Heimatschutz (THS) hat eine Stellungnahme zum „Atom(beschiss)konsens!“ veröffentlicht, die unter anderem auf der Homepage der „Nationalanarchisten“ abrufbar ist. Demnach waren bei der jüngsten Demonstration gegen den Castor auch THS-Kameraden aus Jena vor Ort. Bewundert wird von den Neonazis, dass alle Atomgegner „an einem Strang ziehen“. Die THS-Kameraden wollen nach eigener Ankündigung auch künftig an Demonstrationen gegen den Castor und die Atompolitik teilnehmen. Motto: „Den Castor stoppen!“

■ **Kaiserslautern** - In Kaiserslautern ist für den 9. Juni ein „Antiimperialistisches Fest der Völker“ angemeldet worden. Im städtischen Volkspark sollen unter anderem die Esslinger Band „Carpe Diem“ und der rechte Barde Frank Rennie auf-treten. Als Kontaktpersonen dienen der rheinland-

pfälzische NPD-Landesgeschäftsführer Sascha Wagner und der Rechtsterrorist Peter Naumann. Unter freiem Himmel werden rund 500 Anhänger erwartet. Als Redner sind offenbar NPD-Anwalt Horst Mahler und Parteichef Udo Voigt vorgesehen. Das „Antiimperialistische Fest der Völker“ soll eine Gegenveranstaltung zum traditionellen „NA-TO-Musikfestival“ in Kaiserslautern sein, das am selben Tag stattfindet.

■ **Karlsruhe** - Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe ermittelt gegen den „Blood&Honour“-Aktivisten Hartwin Kalmus wegen Beihilfe zur Volksverhetzung. Der 28-Jährige aus Karlsruhe soll im Oktober 1999 in Pfinztal-Berghausen ein Konzert mit der Gruppe „Bosheit“ und anderen Bands veranstaltet haben. Dabei war auch das indizierte Lied „Blut“ gesungen worden. Die Mitglieder der Band und der Mitorganisator des Konzertabends Achim Pfeifer wurden vom Mannheimer Amtsgericht bereits im März zu Bewährungsstrafen verurteilt. Erst bei der Gerichtsverhandlung hatte sich herausgestellt, dass Kalmus aus unerklärlichen Gründen nie ins Visier der Ermittler gerückt war. Das Verfahren wurde nun von der Staatsanwaltschaft Mannheim eingeleitet und an die zuständigen Kollegen in Karlsruhe abgegeben. Obwohl Mitte Oktober rund 400 Skinheads zu dem Konzert angereist waren, hatte die Karlsruher Polizei von der Veranstaltung gar nichts mitbekommen. Erst als die geparkten Autos der Rechten die Straße vor der Halle blockierten, nahm man von dem rechten Aufzug überhaupt Notiz. Brav notierten die Karlsruher Beamten damals in ihren Bericht, dass sich Kalmus sehr „kooperativ“ gezeigt habe. Auch der Vermieter hätte nichts zu beanstanden. Im Polizeibericht heißt es, aus seiner Sicht verlief die Veranstaltung im Vergleich zu anderen Vermietungen sogar positiver. Dass die Parole „Skinheads Deutschland“ an die Kulturhalle gesprüht worden war, störte nicht weiter. Kalmus hatte die örtliche Kulturhalle angemietet und die Kaution von 1 000 Mark gestellt. Er gehört zu den rund 20 Personen, die im vergangenen Jahr die Verbotsverfügung des Bundesinnenministers gegen „Blood&Honour“ persönlich überreicht bekommen haben.

■ **Kiel** - Peter Borchert, in der NPD umstrittener freier Nationalist und seit Februar dieses Jahres NPD-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein, wurde vom NPD-Parteivorstand abgesetzt. Grund war Borcherts Auftritt als Redner bei der vom Aktionsbüro Norddeutschland am 1. Mai in Frankfurt/Main veranstalteten Neonazi-Demonstration.

Veranstaltungsredner waren neben Borchert Thomas Wulff, Steffen Hupka und Christian Worch. Solidarität mit Borchert übten in ihren Grußworten die ostdeutschen NPD-Funktionäre Manuel Herten und Tino Brandt. Borchert wurde erstmalig im Februar 1994 wegen einer Körperverletzung mit rechtsextremem Hintergrund bekannt. Er bezeichnete sich zu dieser Zeit in einem Zeitungsinterview als Skinhead und überzeugten Nationalsozialisten. Wegen verschiedener Straftaten wurde er 1994 zu einer Jugendstrafe von drei Jahren und neun Monaten verurteilt.

■ **Oberhausen** - Angaben der revanchistischen Wochenzeitung „Das Ostpreußenblatt“ zufolge bildete der Referatsauftritt von Alfred Mechttersheimer den „Höhepunkt“ der Delegiertentagung der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) im April in Oberhausen. Der umtriebige Rechtsextremist sprach zum Thema „Deutschland - Jugend - Zukunft“ und forderte die Veranstaltungsteilnehmer dazu auf, sich gegen die herrschende „Political Correctness“ zu wehren. Seltsamerweise beschwerte sich in der Folgeausgabe des „Ostpreußenblatts“ (5. Mai) der LO-Pressereferent Bernhard Knapstein über den Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung Jochen Welt (SPD), der kürzlich öffentlich auf die Verbindung von Landsmannschaften zu Rechtsextremisten hingewiesen hatte.

■ **Pommersfelden** - In Pommersfelden in der Oberpfalz fand vom 31. März bis 1. April die diesjährige Tagung des Schulvereins zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen statt. Initiator und maßgeblicher Kopf des von der Bundesregierung als rechtsextrem eingestuften „Schulvereins“ ist der Kieler Verleger Dietmar Munier. Als Referenten waren auf der Tagung zugegen: Heinz Magenheimer (Autor in den rechtsextremen Reihe „Deutsche Geschichte“), Viktor Suworow (Ex-KGB-Spion, Autor des Pour le Mérite-Verlages), Hartmut Schustereit (Militärgeschichtliches Forschungsamt, Referent bei der revisionistischen ZFI), Wolfgang Seiffert (Moskau, Autor in der „Jungen Freiheit“) und Walter Post (Universitätsdozent, Referent bei den „Kaerntner Kulturtagen“). Im Mittelpunkt der Tagung stand als Thema die Frage „War das Unternehmen Barbarossa ein Überfall oder ein Präventivschlag?“.

■ **Riesa** - Mit einer Wahlbeteiligung von unter 50 Prozent gingen am 6. Mai in Riesa die sächsischen Bürgermeister-Wahlen weiter. In der Stadt hat nicht

nur der Deutsche Stimme-Verlag, sondern auch die Bundesstelle der Jungen Nationaldemokraten ihren Sitz. Für die NPD kandidierte der „Deutsche Stimme“-Redakteur Jürgen Distler. Er kam auf 995 Stimmen, verlor damit knapp ein Drittel der Wähler gegenüber den Kommunalwahl 1999, die der NPD einen Stadtratsitz einbrachte. Aufgrund der geringen Wahlbeteiligung stieg allerdings der prozentuale Anteil von 3,1 auf 6,5 Prozent. Die Reaktionen von Seiten der NPD während der Stimmauszählung im Rathaus waren verhalten. Die Ergebnisse in den einzelnen Wahlbezirken schwankten zwischen 2,9 und 12,5 Prozent.

■ **Schwerin** - Der amtierende NPD-Landesvorsitzende in Mecklenburg-Vorpommern, Hans-Günter Eisenecker, wurde auf dem NPD-Landesparteitag am 28. April in seinem Amt bestätigt. Zu seinen Stellvertretern wurden Maik Spiegelmacher (Kreisverband Greifswald), Stefan Köster (Kreisverband Ludwigslust) und Manuel Herten (Kreisverband Nordwest-Mecklenburg) gewählt. Landesorganisationsleiter ist der Beisitzer Uwe Kolotzi, vormals DVU-Kreisvorsitzender in Wismar. Laut Eisenecker hat der NPD-Landesverband herbe Mitgliederverluste zu verzeichnen; von circa 400 im Jahr 1998 sind nur noch 220 Mitglieder geblieben. Eisenecker rief die rund 100 Delegierten und Gäste dazu auf, politische Klein- und Kleinstgruppen, wie Bürger- und Schülerinitiativen zu gründen. Wichtiger als unmittelbare Parteiarbeit zu leisten sei es, „politikfähige nationale Aktivisten“ in nationalpolitische Arbeit einzubinden.

■ **Wiesbaden** - Nicht nur einschlägiger rechtsextremer Internetseiten bedienen sich Musikfreaks der Szene, die Titel von Skinhead-Bands herunterladen oder anbieten wollten. Auch bei Musiktauschbörsen im Internet tummeln sie sich. Nachdem das BKA im April wegen des Verdachts der Volksverhetzung, der Aufstachelung zum Rassenhass beziehungsweise der Verherrlichung von Gewalt in 15 Bundesländern die Wohnungen von 103 Beschuldigten durchsucht und Computer und Datenträger sichergestellt hatte, wird in der Szene davor gewarnt, weiter auf solche Tauschbörsen zu bauen. „Meine Paranoia bzgl. Napster u.ä. hätte sich damit bestätigt“, ließ ein sich „TagX“ nennender Kamerad nach den Durchsuchungen in einem Diskussionsforum wissen. Und auf einer anderen Internetseite werden Napster-User aufgerufen, alles von ihrem Rechner verschwinden zu lassen, was gegen Gesetze verstoßen könnte, ehe womöglich die Polizei vor der Tür stehe.

Ausland

■ **Frankreich (Marseille)** - Daniel Simonpieri, der MNR-Bürgermeister der Marseiller Trabantenstadt Marignane, hat am 25. April alle seine innerparteilichen Ämter niedergelegt. Simonpieri war bisher Mitglied des Politischen Büros, des obersten Führungsgremiums der Partei, sowie „Regionalkoordinator“ des MNR für Südost-Frankreich. Im März mit 62,5 Prozent der Stimmen zum Bürgermeister wiedergewählt, ist Simonpieri der erfolgreichste Mandatsträger der rechtsextremen Partei. Die Mégret-Partei war zu Zeiten der Abspaltung der Organisation vom Front National (FN) im Januar 1999 in Marignane gegründet worden. Simonpieri bleibt Stadtoberhaupt und auch Mitglied des MNR, hat aber alle darüber hinausgehenden innerparteilichen Funktionen aufgegeben. Auslösendes Ereignis für den Akt Simonpieris war die (Ende April erfolgte) Ankündigung von Parteichef Bruno Mégret, zu den Parlamentswahlen im Frühjahr 2002 selbst im Wahlkreis Vitrolles/Marignane zu kandidieren. Aufgrund seines Wahlergebnisses vom März 2001 hätte Simonpieri einen Anspruch auf die Kandidatur geltend machen können. Doch der Parteichef - dessen Ehefrau Bürgermeisterin der Nachbarstadt Vitrolles (die ebenfalls im Wahlkreis liegt) ist - wollte sich den aussichtsreichen Kandidatenplatz höchstpersönlich sichern, auf dem er bereits zur Parlamentswahl 1997 angetreten und knapp gescheitert war.

■ **Österreich (Graz)** - In rechtsextremen Periodika wie dem „Eckartboten“ wird für das jüngst erschienene Machwerk „Der zweite Dreißigjährige Krieg. 1914-1945“ (Untertitel: „Eine unkonventionelle Analyse eines verordneten Geschichtsbildes“) geworben. Autor des Buches ist Heinz Thomann, der auch für die Zeitschriften „Aula“ und „Phoenix“ zur Feder greift. Thomann ist Träger des Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich und „Träger des Goldenen Ehrenzeichens des Landes Steiermark“. Auf rund 360 Seiten behauptet Thomann in NS-apologetischer Diktion, dass Deutschland den Zweiten Weltkrieg „weder gesucht noch gewollt hat“. „Zu diesem absoluten zeitgeschichtlichen Tabu gesellt sich nun auch immer mehr ein solches für jede Kritik an der rasch fortschreitenden Überfremdung unseres Volkes, am Asylmissbrauch und an den dadurch ständig zunehmenden Steuerlasten für den ehrlich arbeitenden Bürger“, so Thomann. Veröffentlicht wurde das Buch von dem auf Gibraltar ansässigen Verlag Diamond Books Ltd. Auf Gibraltar werden

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adre

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 8
 PVSt, DPAC, „Entgelt bezahlt“, A 13861
 Heft 10-2001 / Abo 5292719000
 Antifaschistisches Pressearchiv
 und Bildungszentrum Berlin e. V.
 Falkensteinstr. 46
 10997 Berlin

auch die antisemitischen Pamphlete des österreichischen Holocaust-Leugners Gerd Honsik gedruckt.

■ **Österreich (Wien)** - Szeneinternen Kenntnissen zufolge ist der in Wien lebende Neonazi Sascha Gasthuber Macher der seit Jahresbeginn existierenden Homepage der „Kameradschaft Germania Wien“, die intensive Kontakte zu Gleichgesinnten in der Bundesrepublik pflegt. An der „Germania Wien“ („junge national gesinnte Ostmärker“) sollen Aktivisten der militanten Skinorganisation „Blood & Honour“ sowie deutschnationale Burschenschaftler beteiligt sein.

Impressum**Verlag:**

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-130, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
 e-mail: nandlinger@bnr.de
 Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
 Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
 38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
 Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
 -verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
 Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto,
 Nachweis erforderlich!

Probeabonnement (6 Hefte), Preis DM 20,- inkl. Porto.